

## Pressespiegel vom 20.01.2011

### **Sächsische Zeitung**

#### **Rohwer: Debatte über 13. Februar keine Parteisache**

Der CDU-Kreisvorsitzende und Landtagsabgeordnete Lars Rohwer ist gegen eine Diskussion über das Gedenken anlässlich des 13. Februar 1945 auf Parteiveranstaltungen. Mit Bezug auf das Vorhaben der Grünen, mit der Bevölkerung über das Gedenken zu diskutieren, sagte er: „Statt Besserwisserei sollte die Dresdner Gedenkkultur von den Grünen akzeptiert werden.“ Die Dresdner hätten ihre eigene Kultur der Erinnerung an Krieg und Gewaltherrschaft und diese „jahrelang wahrhaftig gelebt“, so Rohwer. Daran gebe es nichts zu rütteln. Zur Instrumentalisierung des Gedenkens anlässlich des 13. Februar durch Rechtsextremisten sagte er: „Die Rechtsextremisten sollten diese Stadt endlich in Ruhe lassen, der Geschichtsrevisionismus ist absolut unnötig und wird auch in keiner Weise von der Dresdner Bevölkerung unterstützt.“ (SZ)

[http://www.sz-online.de/Nachrichten/Dresden/Rohwer\\_Debatte\\_ueber\\_13\\_Februar\\_keine\\_Parteisache/articleid-2666443](http://www.sz-online.de/Nachrichten/Dresden/Rohwer_Debatte_ueber_13_Februar_keine_Parteisache/articleid-2666443)

---

### **Nichts begriffen**

*Oliver Reinhard über Lars Rohwers Gedenk-Thesen zum 13. Februar*

Seit Jahrzehnten gedenken die Dresdner der Toten des 13. Februar 1945 und aller Opfer des Zweiten Weltkriegs. Sie verbinden das Gedenken mit der generellen Absage an Krieg, Gewalt und Intoleranz und mahnen zu Frieden und Versöhnung. Eine würdige und wichtige Tradition. Leider droht sie zur Leerformel zu werden, weil den Bekenntnissen außer dem Schweigen der Trauernden und einer Menschenkette kaum Taten folgen.

Viele, denen das Gedenken am Herzen liegt, sind sich einig: Das genügt nicht mehr. Nicht in Zeiten, wo Intoleranz und Fremdenfeindlichkeit alltäglich sind, leider auch in Dresden. Daher muss dringend unter Beteiligung der Bürger überlegt werden, wie sich die Kraft des „passiven“ Gedenkens an einem Tag im Jahr für ein wirklich aktives Engagement für Frieden und Versöhnung nutzen lässt – das ganze Jahr. Für konkrete Taten, die von Dresden selbst ausgehen. Denn nur wer Worten Taten folgen lässt, kann Brücken bauen und versöhnen.

Umso kläglicher, wenn vernagelte Politiker wie Lars Rohwer dazu aufrufen, es sich möglichst einfach zu machen und alles beim Alten zu lassen – bei bloßen Lippenbekenntnissen. Egal, was in Dresden und der Welt geschieht. Bis das Gedenken mit der sich wandelnden Wirklichkeit nichts mehr zu tun und nur noch musealen Wert hat. Dieser Umgang mit dem 13. Februar ist nicht nur ungeschickt. Er ist unwürdig und ignorant.

## **Gericht: Polizei hätte Nazi-Demo ermöglichen müssen**

*Am 13. Februar 2010 blockierten in Dresden mehr als 10.000 Menschen einen genehmigten Marsch von Neonazis. Im In- und Ausland wurde das couragierte Handeln gelobt. Jetzt entschieden Richter, dass die Polizei den Aufzug der Neonazis hätte ermöglichen müssen.*

**Dresden** Das Urteil sorgt für Schlagzeilen und dürfte vielerorts Verwunderung auslösen: Knapp ein Jahr nach dem Massenaufmarsch von Neonazis am 13. Februar 2010 in Dresden haben Verwaltungsrichter jetzt entschieden, dass die Polizei den Marsch der Rechtsextremen hätte ermöglichen müssen.

Über ein entsprechendes Urteil vom Mittwoch informierte das Verwaltungsgericht Dresden am Donnerstag. Geklagt hatte die rechtsextreme Junge Landsmannschaft Ostdeutschland gegen den Freistaat Sachsen (6 K 366/10). „Es wird festgestellt, dass der Beklagte es rechtswidrig unterlassen hat, durch Einsatz geeigneter polizeilicher Mittel den Aufzug des Klägers am 13.2.2010 zu gewährleisten“, hieß es wörtlich.

Dresden befindet sich jedes Jahr im Februar im Ausnahmezustand. Neonazis aus ganz Deutschland und dem Ausland erinnert dann an die Bombenangriffe der Alliierten am 13./14. Februar 1945. Der Gedenktag wird regelmäßig zur Negierung deutscher Kriegsschuld benutzt. 2010 stellten sich den rund 6.000 Neonazis weit mehr als 10.000 Demonstranten entgegen. Sie blockierten die Straßen rund um den Neustädter Bahnhof und verhinderten damit den von der Justiz genehmigten Aufzug. Die Rechtsextremen mussten sich mit einer Kundgebung am Bahnhof begnügen. „Die Polizei sieht sich außerstande, die Blockade zu räumen“, sagte der aus Bayern stammende Polizei-Einsatzleiter, Ludwig-Gerhard Danzl, damals mit Blick auf die Massen an Gegendemonstranten.

## **Konsequenzen noch nicht absehbar**

Konsequenzen aus der Entscheidung waren am Donnerstag noch nicht absehbar. Sachsens Innenminister Markus Ulbig (CDU) zeigte sich von dem Urteil enttäuscht, will aber zunächst die schriftliche Stellungnahme abwarten. Im Gespräch mit der Nachrichtenagentur dpa erinnerte daran, dass auch viele Frauen und Kinder damals hinter den Blockaden standen. Es wäre nicht möglich gewesen, die Straßen zu räumen. Ulbig rief die Bürger auf, sich in diesem Jahr zahlreich in die geplanten Menschenketten einzureihen und die Polizei in keine schwierige Situation zu bringen. „Je mehr Menschen bereit sind, sich diesem friedlichen Aufruf anzuschließen und damit ein Zeichen im Herzen der Stadt zu setzen, umso deutlicher werden die Aktivitäten der Rechtsextremen ins Abseits gestellt werden.“

Ulbig geht davon aus, dass die Polizei 2010 verantwortungsbewusst handelte. „Ich kann nur sagen, die Polizeiführung hat am 13. Februar 2010 hochprofessionell gearbeitet und aus meiner Sicht die richtigen Entscheidungen in der damaligen

Situation getroffen hat.“ Gegen das Urteil der Verwaltungsrichter kann Berufung am Sächsischen Obergerverwaltungsgericht in Bautzen eingelegt werden. Die Einsatzplanung für die neuerlichen Aufmärsche im Februar sei zunächst nicht betroffen, hieß es aus dem Innenministerium. In diesem Jahr wollen Rechtsextreme gleich zwei Mal marschieren - am 13. und 19. Februar. Es sind auch bereits wieder Gegendemonstrationen und rechtlich umstrittene Blockaden angekündigt. (dpa)

[http://www.sz-online.de/Nachrichten/Dresden/Gericht\\_Polizei\\_haette\\_Nazi-Demo\\_ermoeneglichen\\_muessen/articleid-2666698](http://www.sz-online.de/Nachrichten/Dresden/Gericht_Polizei_haette_Nazi-Demo_ermoeneglichen_muessen/articleid-2666698)

---